



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 18.1 der öffentlichen Sitzung am 30. September 2021

Antrags-Nr. 21-F-55-0040

Ersetzungsantrag der Fraktion Die Linke zum TOP 10 der TO II (Barrierefreiheit in den Wiesbadener Stadtteilen weiter voranbringen - Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 08.09.2021) der Stadtverordnetenversammlung am 30.9.2021

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat möge eine Vorlage erstellen mit dem Ziel der Einrichtung einer Stelle eine* Beauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden für Menschen mit Behinderungen.

Die Stelle soll mindestens folgende Aufgabe wahrnehmen:

1. Ansprechpartner*in bei rechtlichen und sozialen Fragen zur Teilhabe
2. Beratung und Begleitung zur Realisierung der Teilhabe
3. Initiativen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ergreifen und fördern
4. Unterstützung ehrenamtlicher Aktivitäten zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
5. Erstellung und Fortentwicklung eines Maßnahmenplans, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Landeshauptstadt Wiesbaden umfassend voranzutreiben
6. Enge Zusammenarbeit mit Behindertenverbänden und der Behindertenbeauftragten des Landes Hessen
7. Enge Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten

Beschluss Nr. 0466

Der Antrag wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2021

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2021

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister